



PRESSEMITTEILUNG

Nr.90/GP

14.05.2024

**Gerlach unterstützt bundesweit einheitliche Pflegeassistentenausbildung
- Bayerns Pflegeministerin dringt bei Veranstaltung in Nürnberg auf
Einführung des Pflegeassistentengesetzes**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach dringt auf eine rasche Reform der Ausbildung zum Pflegefachhelfer und zur Pflegefachhelferin. Gerlach betonte am Dienstag anlässlich einer Veranstaltung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Mittelfranken in Nürnberg: „Der Fachkräftemangel in der Pflege erfordert pragmatische Maßnahmen, um die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte zu verbessern. Die Anforderungen an das Pflegepersonal haben sich wegen der demografischen Entwicklung in den letzten Jahren stark verändert. Die veränderte Versorgungsstruktur bedingt eine reformierte Ausbildung in der Pflege und schafft dabei ein neues generalistisches Pflegeverständnis. Das ist wichtig, um den Änderungen gerecht zu werden, die der Wandel der Versorgungsstrukturen mit sich bringt.“

Gerlach ergänzte: „Mit der generalistischen Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann hat die Bundesregierung bereits maßgebliche Weichen gestellt. Daher ist es überfällig, auch die Ausbildung der Pflegefachhelferinnen und -helfer bundesweit zeitnah zu vereinheitlichen. Bislang haben wir einen Flickenteppich aus unterschiedlichen Landesregelungen. In manchen Bundesländern dauert die Pflegeassistentenausbildung bis zu zwei Jahre – bei uns in Bayern hingegen nur ein Jahr.“

Die Ministerin fügte hinzu: "Aufgrund der gegenwärtigen Finanzierungssystematik können die Träger der praktischen Ausbildung gerade im Bereich der Langzeitpflege noch keine flächendeckende Ausbildungsvergütung gewährleisten. Die Bayerische Staatsregierung sorgt aktuell mit freiwilligen Leistungen im Rahmen des ‚Pflegebonus‘ dafür, dass die Ausbildung kostenfrei angeboten und auf Schulgeld verzichtet werden kann. Die Einführung eines Pflegeassistentengesetzes auf Bundesebene ist von zentraler Bedeutung, unter anderem um dauerhaft eine kostenfreie Ausbildung mit verbindlich geregelter Ausbildungsvergütung zu gewährleisten.“

Gerlach erläuterte: „Oberstes Ziel ist es, die Situation des Pflegepersonals zu stärken. Da dies wegen des demografischen Wandels nicht allein durch eine weitere Steigerung der Zahl der vorhandenen Pflegefachpersonen sichergestellt



werden kann, bedarf es eines neuen Personalmixes mit entsprechender Aufgabenverteilung zwischen Pflegefachhelfern, beruflichen Pflegefachpersonen und akademisierten Pflegefachpersonen mit Heilkundekompetenzen. Eine einheitliche und auskömmlich finanzierte Ausbildung für Pflegefachhelfer und Pflegefachhelferinnen wäre dazu ein konstruktiver Schritt. Deswegen halte ich die vom Bund bereits angekündigte Einführung für überfällig. Der Referentenentwurf für die bundeseinheitliche Pflegeassistentenausbildung wurde den Ländern seitens des Bundes bereits für März 2024 angekündigt.“

Gerlach betonte: „Als Startzeitpunkt für die neue Ausbildung ist der 1. Januar 2026 vorgesehen. Um alles entsprechend anzupassen, benötigen wir zeitnah einen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Wir verlieren hier unnötig Zeit.“